

Ministerin droht Jugendlichen mit Kürzung der Sozialhilfe

Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD) unterstützt den Vorstoß von IG-Metall Chef Klaus Zwickel, jugendlichen Arbeitsverweigerern die Sozialhilfe zu kürzen. Wer unbegründet ein Ausbildungsangebot ablehne, müsse damit rechnen, daß er weniger Sozialhilfe erhält, sagte Bergmann. Jugendliche hätten nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. SPD-Fraktionsvize Rudolf Dreßler sprach sich ebenfalls für eine Kürzung aus. Diejenigen, die eine zumutbare Ausbildung ablehnten, dürften nicht noch vom Staat durch volle Sozialhilfe belohnt werden. Eine völlige Streichung der Sozialhilfe sei aber nicht mit geltendem Recht vereinbar. Zwickel hatte gefordert, daß Ausbildungswillige keine Sozialhilfe mehr erhalten sollen. Jugendlichen, die sich bei einem ausreichenden Angebot verweigern, müsse man „wohl oder übel die Sozialhilfe streichen“, sagte er.

Nach: Frankfurter Rundschau, Nr. 45 vom 23.02.1999

